



Niederschrift

47. öffentliche/nichtöffentliche Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Bauen, Wirtschaft und Entwicklung des ländlichen Raumes

Sitzungstermin: Dienstag, 24.05.2022
Sitzungsbeginn: 18:00 Uhr
Sitzungsende: 20:34 Uhr
Ort, Raum: Plenarsaal, Stadtverwaltung Potsdam, Friedrich-Ebert-Str. 79/81, 14469
Potsdam

Anwesend sind:

Ausschussvorsitz

Herr Dr. phil. Wieland Niekisch CDU Leitung der Sitzung

Ausschussmitglieder

Frau Saskia Hüneke	Bündnis 90/Die Grünen
Herr Pete Heuer	SPD
Herr Dr. Gert Zöllner	Bündnis 90/Die Grünen
Herr Ralf Jäkel	DIE LINKE
Frau Liane Enderlein	DIE aNDERE
Herr Chaled-Uwe Said	AfD

zusätzliches Mitglied

Herr Wolfhard Kirsch Bürgerbündnis

stellv. Ausschussmitglieder

Herr Uwe Adler SPD

sachkundige Einwohner

Herr Ken Gericke	Bündnis 90/Die Grünen	bis 20:07 Uhr
Herr Willo Göpel	CDU	
Herr Horst Heinzel	BürgerBündnis	
Herr Steffen Pfrogner	DIE aNDERE	
Herr Lars Selwig	SPD	

- 4 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung
- 4.1 Weiterbetrieb der Biosphärenhalle - Umsetzung des Konzeptes Biosphäre 2.0 mit Einbeziehung des Volksparks
Vorlage: 22/SVV/0066
Einreicher: Oberbürgermeister, Geschäftsstelle Bauen
(Wiedervorlage)
- 4.2 Baumfällung bei Bauvorhaben
Vorlage: 22/SVV/0259
Einreicher: Fraktion DIE LINKE
- 4.3 Städtebaulicher Wettbewerb für die Gestaltung der Fläche zwischen dem Biosphärengebäude und dem Betriebshof des Volksparks
Vorlage: 22/SVV/0301
Einreicher: Fraktion CDU
- 4.4 Planänderungsbedarf im Bereich des Werkstattverfahrens zum Bebauungsplan Nr. 119 sowie der direkten Umgebung
Vorlage: 22/SVV/0307
Einreicher: Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, SPD
- 4.5 Schaffung und langfristige Sicherung von bezahlbarem Wohnraum in ganz Potsdam
Vorlage: 22/SVV/0367
Einreicher: Fraktionen SPD, DIE LINKE
- 4.6 Sitzungskalender 2023
Vorlage: 22/SVV/0370
Einreicher: Stadtverordneter Heuer als Vorsitzender der Stadtverordnetenversammlung
- 4.7 Kommunaler sozialer Wohnungsbau an der Döberitzer Straße in Fahrland
Vorlage: 22/SVV/0310
Einreicher: Oberbürgermeister, Fachbereich Wohnen, Arbeit und Integration
(Mitteilungsvorlage)
- 4.8 Strategische Projekte für die Planung DHH 2023/24
Vorlage: 22/SVV/0352
Einreicher: Oberbürgermeister, Beteiligungsmanagement und Strategische Steuerung
(Mitteilungsvorlage)
- 5 Mitteilungen der Verwaltung
- 5.1 Berichterstattung zur "Ökologischen Umgestaltung und Aufwertung des Rades des neuen Lustgartens und des Platzes vor dem Filmmuseum"
(gem. Beschluss zur DS 20/SVV/1139)
Fachbereich Umwelt
- 6 Sonstiges

Niederschrift:

Öffentlicher Teil

zu 1 Eröffnung der Sitzung

Der Ausschussvorsitzende, Herr Dr. Niekisch, begrüßt die Mitglieder und eröffnet die Sitzung.

zu 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung/ Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 10.05.2022

Der Vorsitzende stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit mit 8 von 9 stimmberechtigten Mitgliedern fest.

Zur Niederschrift der Sitzung vom 10.5.2022 gibt es keine Hinweise.

Sie wird mit 7:0:1 bestätigt.

Zur Tagesordnung ergehen folgende Hinweise:

- Frau Hüneke bittet den Antrag Planänderungsbedarf im Bereich des Werkstattverfahrens zum Bebauungsplan Nr. 119, Tagesordnungspunkt 4.4 zurückzustellen bis das Werkstattverfahren stattgefunden hat
- der Vertreter der Verwaltung bittet den Tagesordnungspunkt 4.7, Mitteilungsvorlage Kommunalen Sozialen Wohnungsbau, vorzuziehen

Die so geänderte Tagesordnung wird einstimmig bestätigt.

Anträge auf Rederecht liegen nicht vor.

**zu 3 Empfehlung für die Trassenführung der Straßenbahn auf der Insel Neu Fahrland und Kooperations- und Finanzierungsvereinbarung
Vorlage: 22/SVV/0453**

Einreicher: Oberbürgermeister, Fachbereich Mobilität und technische Infrastruktur

Herr Kümmel (Geschäftsstelle Bauen) stellt die Vorlage vor und erläutert die einzelnen Beschlusspunkte.

Herr Dr. Niekisch stellt den Antrag zur Geschäftsordnung (GO), die Beratung und Beschlussfassung der Vorlage in der nächsten Ausschusssitzung vorzunehmen, um den Mitgliedern ausreichend Vorbereitungszeit zu ermöglichen.

Für den GO-Antrag spricht Herr Kirsch.

Dagegen spricht niemand.

Abstimmungsergebnis GO-Antrag: mit 2:4:2 abgelehnt.

Der Vorsitzende stellt die Vorlage zur Abstimmung.

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen, Wirtschaft und Entwicklung des ländlichen Raumes empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung wie folgt zu beschließen:

1. In Kenntnisnahme der Ergebnisse der Variantenuntersuchung zur Trassenführung der Straßenbahn auf der Insel Neu Fahrland (Anlage A) und der entsprechenden Erläuterungen der PTV Group (Anlage C) wird auf der Grundlage des Variantenvergleichs der ViP Verkehrsbetrieb Potsdam GmbH empfohlen, die Entwurfs- und Genehmigungsplanung für eine genehmigungsfähige und förderfähige Straßenbahntrasse mit besonderem Bahnkörper fertigzustellen und für das Planfeststellungsverfahren einzureichen.
2. Zur Durchführung der Straßenbahnverlängerung bis zum Zeitpunkt des Planfeststellungsbeschlusses wird der Oberbürgermeister beauftragt und als Gesellschafter der Stadtwerke Potsdam GmbH ermächtigt, die „Kooperations- und Finanzierungsvereinbarung zum weiteren Vorgehen bei der Straßenbahnerschließung des Potsdamer Nordens“ gemäß Anlage B mit der ViP Verkehrsbetrieb Potsdam GmbH und der Entwicklungsträger Potsdam GmbH abzuschließen.
3. Der Oberbürgermeister wird beauftragt, vor der Einleitung des Planfeststellungsverfahrens der Stadtverordnetenversammlung eine aktualisierte Kostenschätzung vorzulegen und die Auswirkungen auf die mittelfristige Finanzplanung der Landeshauptstadt und den Wirtschaftsplan der ViP Verkehrsbetrieb Potsdam GmbH darzustellen.
4. Der Oberbürgermeister wird beauftragt, die Auswirkungen auf die Gesamtfinanzierung des Vorhabens bis zum Abschluss des Planfeststellungsverfahrens zu aktualisieren und der Stadtverordnetenversammlung zur Kenntnis zu bringen.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	6
Ablehnung:	2
Stimmenthaltung:	0

zu 4 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung

**zu 4.7 Kommunalen sozialer Wohnungsbau an der Döberitzer Straße in Fahrland
Vorlage: 22/SVV/0310**

Einreicher: Oberbürgermeister, Fachbereich Wohnen, Arbeit und Integration
(Mitteilungsvorlage)

Herr Jekel (Fachbereich Wohnen, Arbeit und Integration) erläutert die Mitteilungsvorlage und geht auf Nachfragen der Mitglieder ein.

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen, Wirtschaft und Entwicklung des ländlichen Raumes nimmt die Mitteilungsvorlage 22/SVV/0310 zur Kenntnis.

zu 4.1 Weiterbetrieb der Biosphärenhalle - Umsetzung des Konzeptes Biosphäre 2.0 mit Einbeziehung des Volksparks
Vorlage: 22/SVV/0066

Einreicher: Oberbürgermeister, Geschäftsstelle Bauen
(Wiedervorlage)

Herr Kümmel (Geschäftsstelle Bauen) erinnert an die bereits erfolgte Einbringung und erläutert nochmals den Sachstand sowie die offenen Fragen aus der vergangenen Ausschusssitzung, u.a. erläutert er die Investitions- und Betriebskosten der Kalthalle sowie den Vergleich von Biosphäre 2.0/ Kalthalle/Abriss.

Mehrere Mitglieder kritisieren die Vorlage und weisen erneut insbesondere auf Baukostensteigerungen hin, die von der Verwaltung unzureichend einbezogen seien. Die Vorlage sei u.a. weder ökologisch noch sozial. Die Vergleichbarkeit der einzelnen Varianten fehle nach wie vor.

Einige Mitglieder favorisieren einen Abriss und Neubau, andere plädieren für den Erhalt des Gebäudes und sprechen sich für den Vorschlag der Verwaltung aus. Ein weiteres diskutiertes Thema ist die Förderfähigkeit, die noch offen ist.

Herr Kümmel und Herr Rubelt gehen auf die Anmerkungen und Nachfragen der Mitglieder ein.

Herr Heuer beantragt die Einzelabstimmung der Punkte des Beschlusstextes: abgestimmt werden soll zunächst der Punkt 1. Danach kann die gemeinsame Votierung der Punkte 2 und 3 erfolgen.

Herr Dr. Niekisch stellt den Änderungsantrag der CDU-Fraktion vom 17.1.2022 für den Antragssteller zurück.

Der Änderungsantrag der Fraktion der Freien Demokraten vom 22.2.2022 wird ebenfalls zurückgestellt.

Der Ergänzungsantrag der SPD-Fraktion vom 24.5.2022 wird in Abhängigkeit der des Ergebnisses der Beschlussfassung der Vorlage votiert.

1. „Im Rahmen der weiteren Planungen zur Attraktivierung der

Biosphärenhalle als touristisches Ziel und Ort der Bildung sollen auch die Angebote des Standortes sowohl für den Stadtteil und die Bewohnerinnen und Bewohner des Bornstedter Feldes als auch für den Rest der Stadt gestärkt werden.

2. Dazu sollen im Rahmen des weiteren Vorgehens Vertreterinnen und Vertreter der Anwohnerschaft des Bornstedter Felds, des Stadteilladens Bornstedt und der Interessenvertretung in den Planungsprozess mit einbezogen werden.
3. Weiterhin sind Angebote in die das Projekt zu integrieren, die mit der Konzeptidee 'Biosphäre 2.0' kompatibel sind. Insbesondere sind u.a. attraktive gastronomische Angebote, extern nutzbare Veranstaltungsflächen (z. B. Kleinkunsthöhne, Kinosaal), öffentlich verwendbare Gartenflächen, mögliche Verkaufs- oder Abholstellen für regionale Lebensmittel u.ä. zu prüfen, die zu einer regelmäßigeren Frequentierung des Ortes durch Potsdamerinnen und Potsdamer beitragen.
4. Für weiterführende sozialraumbezogene, soziokulturelle oder den Freizeitsport betreffende Bedarfe, die über die Nutzbarkeit der Biosphärenhalle hinausgehen, soll auch die Fläche zwischen dem Betriebshof des Volksparks und der Biosphäre in die Überlegungen zur weiteren bedarfsgerechten Gestaltung mit eingebunden werden.
5. Die zukünftigen Planungen zur Bereitstellung sozialer Infrastruktur westlich des Volksparks, auf dem Grundstück des neuen Gymnasiums in Potsdam-Bornstedt und Pappelallee/Ecke Reiherweg, bleiben vom vorliegenden Antrag unberührt.“

Der Vorsitzende stellt den Punkt 1 der Beschlussvorlage zur Abstimmung:

1. Die Biosphärenhalle soll auf der Grundlage des Konzeptes Biosphäre 2.0 unter Einbeziehung des Volksparks gemäß Anlage A weiter betrieben und attraktiviert werden.

Abstimmungsergebnis: mit 3:4:1 abgelehnt.

Der Vorsitzende stellt die Punkte 2 und 3 der Beschlussvorlage zur Abstimmung

2. Auf der Grundlage der Prüfergebnisse zum Beschlusses 19/SVV/0304 gemäß Anlage B wird eine für die Realisierung des Konzeptes optimale Gesellschafts- und Eigentümerstruktur vorbereitet und der Stadtverordnetenversammlung erneut zur Beschlussfassung vorgelegt. Als weitere Arbeitsgrundlage dient dazu Anlage C.
3. Bis zu einer Klärung über eine mögliche neue Eigentümer- und Betreiberstruktur trägt die Landeshauptstadt Potsdam weiterhin den erforderlichen finanziellen Zuschuss, um den Betrieb der Biosphärenhalle weiter aufrechtzuerhalten. Nach der Beschlussfassung übernimmt die Landeshauptstadt die finanziellen Verluste, die durch den Betrieb der Biosphärenhalle entstehen bis zum Abschluss der Attraktivierung bzw. dem Zeitpunkt der Wiedereröffnung.

Abstimmungsergebnis: mit 6:0:2 angenommen.

Der Vorsitzende stellt die geänderte Vorlage zur Abstimmung.

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen, Wirtschaft und Entwicklung des ländlichen Raumes empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung wie folgt zu beschließen:

1. ~~Die Biosphärenhalle soll auf der Grundlage des Konzeptes Biosphäre 2.0 unter Einbeziehung des Volksparks gemäß Anlage A weiter betrieben und attraktiviert werden.~~
2. Auf der Grundlage der Prüfergebnisse zum Beschlusses 19/SVV/0304 gemäß Anlage B wird eine für die Realisierung des Konzeptes optimale Gesellschafts- und Eigentümerstruktur vorbereitet und der Stadtverordnetenversammlung erneut zur Beschlussfassung vorgelegt. Als weitere Arbeitsgrundlage dient dazu Anlage C.
3. Bis zu einer Klärung über eine mögliche neue Eigentümer- und Betreiberstruktur trägt die Landeshauptstadt Potsdam weiterhin den erforderlichen finanziellen Zuschuss, um den Betrieb der Biosphärenhalle weiter aufrechtzuerhalten. Nach der Beschlussfassung übernimmt die Landeshauptstadt die finanziellen Verluste, die durch den Betrieb der Biosphärenhalle entstehen bis zum Abschluss der Attraktivierung bzw. dem Zeitpunkt der Wiedereröffnung.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	6
Ablehnung:	0
Stimmenthaltung:	2

Die Abstimmung des Ergänzungsantrages der SPD-Fraktion vom 24.5.2022 ist nicht mehr notwendig und Herr Heuer zieht ihn für den Antragssteller zurück.

zu 4.2 Baumfällung bei Bauvorhaben
Vorlage: 22/SVV/0259
Einreicher: Fraktion DIE LINKE

Herr Jäkel bringt den Antrag ein.

Herr Schmäh (Fachbereich Klima, Umwelt und Grünflächen) informiert, dass bereits jetzt ein Recht auf individuelle Akteneinsicht besteht und die Kontrolle der Verwaltung über § 29 der Brandenburgischen Kommunalverfassung gewährleistet ist. Er empfiehlt den Mitgliedern, den Antrag als durch Verwaltungshandeln erledigt zu erklären.

Herr Kirsch hinterfragt den Schutz der Persönlichkeitsrechte und stellt den Antrag zur Geschäftsordnung (GO), den Antrag als durch Verwaltungshandeln erledigt zu erklären.

Für den GO-Antrag spricht Herr Heuer.

Dagegen spricht Herr Jäkel. Er bittet um Zurückstellung des Antrages.

Der Vorsitzende stellt den Geschäftsordnungsantrag, den Antrag für durch Verwaltungshandeln erledigt zu erklären zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: mit 5:2:1 angenommen.

zu 4.3 Städtebaulicher Wettbewerb für die Gestaltung der Fläche zwischen dem Biosphärengebäude und dem Betriebshof des Volksparks
Vorlage: 22/SVV/0301
Einreicher: Fraktion CDU

Herr Dr. Niekisch bringt den Antrag ein.

Herr Kümmel (Geschäftsstelle Bauen) nimmt für die Verwaltung Stellung.

Herr Wolfram (Fachbereich Stadtplanung) gibt zu bedenken, dass erst mit einem geltenden Konzept für die Biosphäre, die gegenüberliegende Fläche geplant werden sollte.

Frau Hüneke schlägt vor, den Antrag zurückzustellen bis das Konzept für die Biosphäre aufgestellt ist.

Herr Dr. Niekisch übernimmt diesen Vorschlag und stellt den Antrag für den Antragsteller entsprechend zurück.

zu 4.4 Planänderungsbedarf im Bereich des Werkstattverfahrens zum Bebauungsplan Nr. 119 sowie der direkten Umgebung
Vorlage: 22/SVV/0307
Einreicher: Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, SPD

Der Tagesordnungspunkt wird zurückgestellt bis das Werkstattverfahren stattgefunden hat (siehe Abstimmung zur Tagesordnung).

zu 4.5 Schaffung und langfristige Sicherung von bezahlbarem Wohnraum in ganz Potsdam
Vorlage: 22/SVV/0367
Einreicher: Fraktionen SPD, DIE LINKE

Herr Heuer bringt den Antrag ein.

Frau Hüneke bringt den Änderungsantrag der Fraktion Bündnis90/ Die Grünen ein, der den Ursprungsantrag ersetzen soll:

„Der Oberbürgermeister wird beauftragt, die bereits beschlossenen Maßnahmen zur Sicherung bezahlbaren Wohnraums und zur Begrenzung des Mietanstiegs in Potsdam wie dem Umwandlungsverbot oder der Sozialerhaltungssatzung durch ein Programm zur beschleunigten Schaffung von zusätzlichem, bezahlbarem Wohnraum zu ergänzen, ihnen in der Verwaltung höchste Priorität einzuräumen und die notwendigen Ressourcen zu erhöhen. Gleichzeitig soll der Anteil städtischen und genossenschaftlichen Wohneigentums wieder erhöht werden.

Gemeinsam mit der ProPotsdam, den Genossenschaften und weiteren Akteuren der Wohnungswirtschaft soll ein zeitnah realisierbares Programm abgestimmt und der Stadtverordnetenversammlung zur Entscheidung vorgelegt werden. Darin sollen in Bearbeitung befindliche Potentiale und Projekte dargestellt, der darüberhinausgehende Handlungsbedarf bestimmt und die erforderliche Priorisierung begründet werden.

Damit soll insbesondere die Nachfrage nach Wohnungen mit Benennungs- und Besetzungsrechten durch die Landeshauptstadt Potsdam wieder besser erfüllt werden können aber auch nachhaltig und langfristig nutzbarer Wohnraum für Geflüchtete und andere Bedarfsgruppen geschaffen werden. Ergänzend soll das Programm preisgedämpften Wohnraum für mittlere Einkommen enthalten.

Das Programm entsprechend dem INSEK 2022 soll den Prinzipien des behutsamen Wachstums, d.h. der ökologischen, sozialen und ökonomischen Nachhaltigkeit verpflichtet sein. Daher soll es das gesamte Stadtgebiet in den Blick nehmen, bevorzugt bereits versiegelte Flächen nutzen, die Kulturlandschaften respektieren, ökologische Ressourcen schonen sowie bereits vorhandene oder geplante soziale Infrastruktur (Kita, Schule, ÖPNV etc.) berücksichtigen.

Zu Umsetzung wird der Oberbürgermeister insbesondere beauftragt,

- mit den genannten Partnern im Rahmen des FNP und bereits beschlossener Untersuchungsgebiete für Entwicklungsmaßnahmen kurzfristig geeignete Wohnungs- und Nachverdichtungsbauflächen zu identifizieren, mögliche Zielkonflikte anzuzeigen und der SVV zur Beschlussfassung vorzulegen,
- durch Erhöhung der Ressourcen die zügige Bearbeitung der Genehmigungsverfahren der im Programm priorisierten Bauvorhaben zu gewährleisten,
- im Eigentum der LHP befindliche Grundstücke kostenfrei als Einlage in das Vermögen der ProPotsdam einzubringen, wenn sie kurzfristig im Rahmen des Programms als Wohnungsbaufläche nutzbar sind (außer Klein- und Erholungsgärten),
- Empfehlungen und Konzepte für den flächenoptimierten Neubau für Potsdam anzupassen und – nach gesonderter SVV-Entscheidung – umzusetzen,
- möglichst Bauformen zu nutzen, die eine schnelle bauliche Realisierung

ermöglichen (Typenbauten, Serielles Bauen, Holz- und Hybridbauweise, etc.). Entscheidungen im Rahmen des Programms sollen von der SVV zügig und mit höchster Priorität beraten und entschieden werden können.

Ein Zwischenbericht ist dem HA im September 2022 zu geben.“

Herr Heuer übernimmt den Änderungsantrag der Fraktion Bündnis90/Die Grünen als neue Fassung.

Herr Jäkel moniert die späte Einreichung des Änderungsantrages, wodurch keine Zeit blieb, ihn in seiner Fraktion abzustimmen. Er regt an, den Antrag zurückzustellen.

Grundsätzlich sollten Änderungsanträge, vor allem mit diesem Umfang, 2 Tage vor der Sitzung allen vorliegen.

Frau Hüneke spricht sich gegen die Zurückstellung des Antrages aus, vor allem damit die Verwaltung zeitnah mit ihrer Arbeit beginnen kann.

Herr Dr. Niekisch bringt den Änderungsantrag der CDU-Fraktion vom 3.5.2022 ein, der sich jetzt auf die neue Fassung bezieht:

„Änderungen und Ergänzungen im Beschlusstext wurden fett markiert.

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, bereits beschlossene Maßnahmen zur Sicherung bezahlbaren Wohnraums und zur Begrenzung des Mietanstiegs in Potsdam mit einem Programm zur beschleunigten Schaffung zusätzlichen Wohnraums zu bündeln, ihnen in der Verwaltung höchste Priorität einzuräumen und die notwendigen Ressourcen durch entsprechende organisatorische Maßnahmen bereitzustellen.

Gemeinsam mit der ProPotsdam, den Genossenschaften und weiteren Akteuren der Wohnungswirtschaft soll ein zeitnah realisierbares Programm zur Schaffung von zusätzlichem bezahlbarem Wohnraum in der Landeshauptstadt Potsdam abgestimmt und der Stadtverordnetenversammlung zur Entscheidung vorgelegt werden. **In Anbetracht dessen, dass die privaten Anbieter in den vergangenen Jahren den weitaus größten Teil des in Potsdam benötigten neuen Wohnraums geschaffen haben, ist auf die mindestens gleichberechtigte Einbeziehung dieser Akteure Wert zu legen, um alle Ressourcen für den Wohnungsbau zu nutzen. In dem Programm. Darin** sollen kurzfristig aktivierbare Potentiale für bezahlbaren Wohnraum gebündelt und deren Genehmigungsverfahren, nach dem Grundsatzbeschluss der SVV, priorisiert werden.

Das Programm soll die während der Corona-Pandemie zurückgegangene Neubautätigkeit von bezahlbarem mehrgeschossigem Wohnraum kompensieren. Damit soll insbesondere die Nachfrage nach Wohnungen mit Benennungs- und Besetzungsrechten durch die LHP wieder besser erfüllt werden können aber auch nachhaltig und langfristig nutzbarer Wohnraum für Geflüchtete und andere Bedarfsgruppen geschaffen werden. Ergänzend soll das Programm preisgedämpftem Wohnraum für mittlere Einkommen enthalten.

Das Programm soll zu einem behutsamen Wachstum der Stadt beitragen, das der ökologischen, sozialen und ökonomischen Nachhaltigkeit verpflichtet ist. Daher soll es das gesamte Stadtgebiet in den Blick nehmen, bevorzugt bereits versiegelte Flächen nutzen, die städtische Kulturlandschaft respektieren, Ressourcen schonen sowie bereits vorhandene oder geplante soziale Infrastruktur (Kita, Schule, ÖPNV etc.) berücksichtigen.

Zu Umsetzung wird der Oberbürgermeister insbesondere beauftragt,

- mit ~~den genannten Partnern~~ **allen Akteuren der Wohnungswirtschaft** kurzfristig zusätzliche geeignete Wohnungs- und Nachverdichtungsbauflächen zu identifizieren,
- durch geeignete Maßnahmen die zügige Bearbeitung der Genehmigungsverfahren der im Programm priorisierten Bauvorhaben zu gewährleisten, **insbesondere auch zu prüfen wie zeitnah durch zusätzliches Personal für die Bearbeitung der Genehmigungsverfahren und/oder der Digitalisierung der Genehmigungsverfahren eine weitere Beschleunigung erreicht werden kann,**
- **für die Ausweisung neuen Baulands etwaige personelle oder technische Engpässe im Bereich Stadtplanung zu beheben,**
- im Sinne einer zügigen Realisierung Ermessensspielräume nach §§34, 35 BauGB und hilfsweise auch nach §246 BauGB zu nutzen,
- im Eigentum der LHP befindliche Grundstücke in das Vermögen der ProPotsdam einzubringen, wenn sie kurzfristig im Rahmen des Programms als Wohnungsbaufläche nutzbar sind (außer Klein- und Erholungsgärten);
- Empfehlungen und Konzepte für den flächenoptimierten Neubau zu berücksichtigen und umzusetzen,
- möglichst Bauformen zu nutzen, die eine schnelle bauliche Realisierung ermöglichen (Typenbauten, Serielles Bauen, Holz- und Hybridbauweise, etc.).
- Verwaltungsorganisatorische Maßnahmen zu treffen, die sicherstellen, dass die Aufgabenstellung prioritär und mit den notwendigen Ressourcen [unter einer gemeinsamen Leitung] durch die verschiedenen beteiligten Fachbereiche bearbeitet wird, um Reibungsverluste zu minimieren“

Herr Kirsch bezieht sich auf den zuvor eingebrachten Ergänzungsantrag der CDU-Fraktion: unter „Zu Umsetzung wird der Oberbürgermeister insbesondere beauftragt,“, Anstrich 2 möchte er die Worte „auch zu prüfen“ ersetzt haben durch „ist darzulegen“. Speziell für die Stadtplanung sowie Baugenehmigungen sei erheblich mehr Personal nötig, als bisher vorhanden, um die entsprechenden Aufgaben zu bewältigen.

Herr Dr. Niekisch übernimmt die Ergänzung von Herrn Kirsch.

Herr Pfrogner sieht die Verwaltung gut aufgestellt und wird dem Antrag nicht zustimmen.

Herr Wolfram (Fachbereich Stadtplanung) unterbreitet das Angebot, bis

September zu einzelnen Punkten (des Ursprungsantrages) zu berichten. Bis dahin solle der Antrag zurückgestellt werden.

Herr Dr. Zöller stellt fest, dass die von Herrn Wolfram angebotene Berichterstattung auch in Beantwortung des Antrages erfolgen kann. Er bittet, den Antrag heute abzustimmen.

Der Vorsitzende stellt den geänderten Änderungsantrag der CDU-Fraktion zur Abstimmung:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, bereits beschlossene Maßnahmen zur Sicherung bezahlbaren Wohnraums und zur Begrenzung des Mietanstiegs in Potsdam mit einem Programm zur beschleunigten Schaffung zusätzlichen Wohnraums zu bündeln, ihnen in der Verwaltung höchste Priorität einzuräumen und die notwendigen Ressourcen durch entsprechende organisatorische Maßnahmen bereitzustellen.

Gemeinsam mit der ProPotsdam, den Genossenschaften und weiteren Akteuren der Wohnungswirtschaft soll ein zeitnah realisierbares Programm zur Schaffung von zusätzlichem bezahlbarem Wohnraum in der Landeshauptstadt Potsdam abgestimmt und der Stadtverordnetenversammlung zur Entscheidung vorgelegt werden. **In Anbetracht dessen, dass die privaten Anbieter in den vergangenen Jahren den weitaus größten Teil des in Potsdam benötigten neuen Wohnraums geschaffen haben, ist auf die mindestens gleichberechtigte Einbeziehung dieser Akteure Wert zu legen, um alle Ressourcen für den Wohnungsbau zu nutzen. In dem Programm. Darin** sollen kurzfristig aktivierbare Potentiale für bezahlbaren Wohnraum gebündelt und deren Genehmigungsverfahren, nach dem Grundsatzbeschluss der SVV, priorisiert werden.

Das Programm soll die während der Corona-Pandemie zurückgegangene Neubautätigkeit von bezahlbarem mehrgeschossigem Wohnraum kompensieren. Damit soll insbesondere die Nachfrage nach Wohnungen mit Benennungs- und Besetzungsrechten durch die LHP wieder besser erfüllt werden können aber auch nachhaltig und langfristig nutzbarer Wohnraum für Geflüchtete und andere Bedarfsgruppen geschaffen werden. Ergänzend soll das Programm preisgedämpftem Wohnraum für mittlere Einkommen enthalten.

Das Programm soll zu einem behutsamen Wachstum der Stadt beitragen, das der ökologischen, sozialen und ökonomischen Nachhaltigkeit verpflichtet ist. Daher soll es das gesamte Stadtgebiet in den Blick nehmen, bevorzugt bereits versiegelte Flächen nutzen, die städtische Kulturlandschaft respektieren, Ressourcen schonen sowie bereits vorhandene oder geplante soziale Infrastruktur (Kita, Schule, ÖPNV etc.) berücksichtigen.

Zu Umsetzung wird der Oberbürgermeister insbesondere beauftragt,

- mit ~~den genannten Partnern~~ **allen Akteuren der Wohnungswirtschaft** kurzfristig zusätzliche geeignete Wohnungs- und Nachverdichtungsbauflächen zu identifizieren,
- durch geeignete Maßnahmen die zügige Bearbeitung der Genehmigungsverfahren der im Programm priorisierten Bauvorhaben zu gewährleisten, **insbesondere auch zu prüfen ist darzulegen wie**

zeitnah durch zusätzliches Personal für die Bearbeitung der Genehmigungsverfahren und/oder der Digitalisierung der Genehmigungsverfahren eine weitere Beschleunigung erreicht werden kann,

- **für die Ausweisung neuen Baulands etwaige personelle oder technische Engpässe im Bereich Stadtplanung zu beheben,**
- im Sinne einer zügigen Realisierung Ermessensspielräume nach §§34, 35 BauGB und hilfsweise auch nach §246 BauGB zu nutzen,
- im Eigentum der LHP befindliche Grundstücke in das Vermögen der ProPotsdam einzubringen, wenn sie kurzfristig im Rahmen des Programms als Wohnungsbaufläche nutzbar sind (außer Klein- und Erholungsgärten);
- Empfehlungen und Konzepte für den flächenoptimierten Neubau zu berücksichtigen und umzusetzen,
- möglichst Bauformen zu nutzen, die eine schnelle bauliche Realisierung ermöglichen (Typenbauten, Serielles Bauen, Holz- und Hybridbauweise, etc.).
- Verwaltungsorganisatorische Maßnahmen zu treffen, die sicherstellen, dass die Aufgabenstellung prioritär und mit den notwendigen Ressourcen [unter einer gemeinsamen Leitung] durch die verschiedenen beteiligten Fachbereiche bearbeitet wird, um Reibungsverluste zu minimieren

Abstimmungsergebnis: mit 2:5:1 abgelehnt.

Der Vorsitzende stellt die neue Fassung des Antrages (Änderungsantrag der Fraktion Bündnis90/ Die Grünen) zur Abstimmung.

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen, Wirtschaft und Entwicklung des ländlichen Raumes empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung die neue Fassung wie folgt zu beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, die bereits beschlossenen Maßnahmen zur Sicherung bezahlbaren Wohnraums und zur Begrenzung des Mietanstiegs in Potsdam wie dem Umwandlungsverbot oder der Sozialerhaltungssatzung durch ein Programm zur beschleunigten Schaffung von zusätzlichem, bezahlbarem Wohnraum zu ergänzen, ihnen in der Verwaltung höchste Priorität einzuräumen und die notwendigen Ressourcen zu erhöhen. Gleichzeitig soll der Anteil städtischen und genossenschaftlichen Wohneigentums wieder erhöht werden.

Gemeinsam mit der ProPotsdam, den Genossenschaften und weiteren Akteuren der Wohnungswirtschaft soll ein zeitnah realisierbares Programm abgestimmt und der Stadtverordnetenversammlung zur Entscheidung vorgelegt werden. Darin sollen in Bearbeitung befindliche Potentiale und Projekte dargestellt, der darüberhinausgehende Handlungsbedarf bestimmt und die erforderliche Priorisierung begründet werden.

Damit soll insbesondere die Nachfrage nach Wohnungen mit Benennungs- und Besetzungsrechten durch die Landeshauptstadt Potsdam wieder besser erfüllt werden können aber auch nachhaltig und langfristig nutzbarer Wohnraum für Geflüchtete und andere Bedarfsgruppen

geschaffen werden. Ergänzend soll das Programm preisgedämpften Wohnraum für mittlere Einkommen enthalten.

Das Programm entsprechend dem INSEK 2022 soll den Prinzipien des behutsamen Wachstums, d.h. der ökologischen, sozialen und ökonomischen Nachhaltigkeit verpflichtet sein. Daher soll es das gesamte Stadtgebiet in den Blick nehmen, bevorzugt bereits versiegelte Flächen nutzen, die Kulturlandschaften respektieren, ökologische Ressourcen schonen sowie bereits vorhandene oder geplante soziale Infrastruktur (Kita, Schule, ÖPNV etc.) berücksichtigen.

Zu Umsetzung wird der Oberbürgermeister insbesondere beauftragt,

- mit den genannten Partnern im Rahmen des FNP und bereits beschlossener Untersuchungsgebiete für Entwicklungsmaßnahmen kurzfristig geeignete Wohnungs- und Nachverdichtungsbauflächen zu identifizieren, mögliche Zielkonflikte anzuzeigen und der SVV zur Beschlussfassung vorzulegen,
- durch Erhöhung der Ressourcen die zügige Bearbeitung der Genehmigungsverfahren der im Programm priorisierten Bauvorhaben zu gewährleisten,
- im Eigentum der LHP befindliche Grundstücke kostenfrei als Einlage in das Vermögen der ProPotsdam einzubringen, wenn sie kurzfristig im Rahmen des Programms als Wohnungsbaufläche nutzbar sind (außer Klein- und Erholungsgärten),
- Empfehlungen und Konzepte für den flächenoptimierten Neubau für Potsdam anzupassen und – nach gesonderter SVV-Entscheidung – umzusetzen,
- möglichst Bauformen zu nutzen, die eine schnelle bauliche Realisierung ermöglichen (Typenbauten, Serielles Bauen, Holz- und Hybridbauweise, etc.). Entscheidungen im Rahmen des Programms sollen von der SVV zügig und mit höchster Priorität beraten und entschieden werden können.

Ein Zwischenbericht ist dem HA im September 2022 zu geben.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	4
Ablehnung:	2
Stimmenthaltung:	2

zu 4.6 Sitzungskalender 2023

Vorlage: 22/SVV/0370

Einreicher: Stadtverordneter Heuer als Vorsitzender der Stadtverordnetenversammlung

Der Vorsitzende stellt den Antrag zur Abstimmung.

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen, Wirtschaft und Entwicklung des ländlichen Raumes empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung wie folgt zu beschließen:

Sitzungskalender 2023 als Arbeitsgrundlage für die Stadtverordnetenversammlung, ihre Fraktionen und Ausschüsse sowie für weitere Gremien.

Abstimmungsergebnis:
einstimmig angenommen.

zu 4.8 Strategische Projekte für die Planung DHH 2023/24

Vorlage: 22/SVV/0352

Einreicher: Oberbürgermeister, Beteiligungsmanagement und Strategische Steuerung
(Mitteilungsvorlage)

Herr Rubelt geht auf Nachfragen von Herrn Jäkel ein.

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen, Wirtschaft und Entwicklung des ländlichen Raumes nimmt die Mitteilungsvorlage 22/SVV/0352 zur Kenntnis.

zu 5 Mitteilungen der Verwaltung

**zu 5.1 Berichterstattung zur "Ökologischen Umgestaltung und Aufwertung des Rades des neuen Lustgartens und des Platzes vor dem Filmmuseum"
(gem. Beschluss zur DS 20/SVV/1139)**

Fachbereich Umwelt

Herr Schmäh (Fachbereich Klima, Umwelt und Grünflächen) berichtet anhand einer Präsentation, die diesem Protokoll als Anlage beigefügt ist.

Nach Anmerkungen der Mitglieder, unter anderem zu Vandalismusschäden am Neptunbecken und dem Plädoyer für mehr Grün nimmt der Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen, Wirtschaft und Entwicklung des ländlichen Raumes die Berichterstattung zur Kenntnis.

zu 6 Sonstiges

Herr Wolfram informiert über die geplante Werkstatt Medienstadt:

Geplant sind zwei Werkstatttermine:

- Werkstatt 1 am 26.8.2022, ab 18 Uhr
- Werkstatt 2 am 25.11.2022, ab 17 Uhr

Beide als kombinierte Hybrid-Veranstaltungen, Werkstatt + BürgerInnen inklusive Livestream für die Öffentlichkeit.

Auf Nachfrage bestätigt Herr Wolfram die Absagen vom Gestaltungsrat und der Architektenkammer. Beide möchten das Werkstattverfahren nicht begleiten.

Herr Pfrogner geht auf die Gründe der Absagen ein.

Frau Hüneke und Herr Jäkel erkundigen sich, ob im ersten Termin eine Simulation sowie ein Modell möglich sind.

Herr Wolfram erklärt, dass eine Simulation beauftragt ist und ein virtuelles Modell geplant sei. Den Wunsch nach einem physischen Modell gibt er weiter, er möchte aber dahingehend keine Versprechungen machen.